



Nendorfer Chronik-Blatt

Nendorfer Chronik-Blatt

Ausgabe 51
2018

Altes aus Nendorf und Umgebung, zusammengestellt von der Chronikgruppe des Heimatvereines

Rückblick in die Geschichte der Kommunalverwaltung von Nendorf

Bericht von Erwin Scheddin

Fortsetzung

Bis um die Mitte des 19. Jahrhundert – so um 1850 ? – gab es neben zwei anderen Märkten auch noch einen Tabakmarkt. Das wird auch dadurch bestätigt, dass der Landrat im Dezember 1895 anregt, den Nendorfer Martinimarkt, der im damaligen Kalender noch als „Tabakmarkt“ steht, obgleich längst kein Tabak mehr gehandelt wird, umzubenennen in Viehmarkt. So im Protokollbuch niedergeschrieben.

Im April 1913 beschließt die Gemeindeversammlung, den Michaelismarkt wegen zu geringer Beteiligung aufzuheben und die beiden anderen Märkte bestehen zu lassen. Welche, das ist nicht vermerkt.

Zum Tabakmarkt kann ich noch anmerken: Meine Großeltern zeigten mir einmal ein altes Holzbrett mit länglichen Vertiefungen und erzählten, dass es für die Herstellung von Zigarren diene, die von ihren Vorfahren in Heimarbeit hergestellt wurden für in Westfalen ansässige Firmen. Nendorf war damals wohl ein lokales Zentrum des Tabakanbaus und auch teilweise der Verarbeitung, so dass hier ein Tabakmarkt entstand.

Wenn man die Protokolle liest, dann wird erkennbar, dass sie ein Spiegel der jeweiligen Zeit sind mit dem darin herrschenden Geist. Ganz krass fällt das auf mit dem Beginn der Machtübernahme im Jahre 1933 durch die Nationalsozialisten. Ich will versuchen, diese Einflüsse möglichst neutral darzustellen und dabei Rücksicht nehmen auf vielleicht immer noch bestehende Empfindlichkeiten von Nachfahren der damals bestimmenden Akteure, indem ich Namensangaben von Einwohnern vermeide, die in der Nazi-Zeit parteipolitisch mitwirkten, um die von der Partei erkennbar geforderten Entscheidungen vorbehaltlos zu unterstützen und durchzusetzen.

In der ersten Sitzung am 4. April 1933 war die Wahl eines Vorstehers vorzunehmen. Von den bisher amtierenden 13 Ratsmitgliedern, die zunächst noch im Amt blieben, wurde der über 30 Jahre als Gemeindevorsteher tätige Heinrich Müller (Lürs) wieder als Kandidat vorgeschlagen und mit 12 : 9 Stimmen gegen den Kandidaten der Partei gewählt. In der nächsten Sitzung am 3.07.1933 teilte der Gemeindevorsteher mit, dass er sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlege und der Stellvertreter Meyer die Amtsführung übernehmen müsse. Wenige Tage später wurde am 5.07.1933 unter Punkt 2 die Wahl des Vorstehers angesetzt. Dazu steht im Protokoll wörtlich, dass der anwesende Vertreter der N.S.D.A.P vom Kreisleiter der Partei die Nachricht bekommen habe, und zwar schriftlich, dass nur der Kandidat der Partei zu wählen sei, da die anderen nicht bestätigt werden würden. Es wurde dann noch vom Ausschussmitglied

Müller (Alten) der Antrag gestellt, dass die Wahl erst noch ausgesetzt und die ganze Gemeinde befragt werden solle, wen diese als Gemeindevorsteher haben möchte. Diesem wurde von den Ausschussmitgliedern der N.S.D.A.P widersprochen. Darauf wurde die „Wahl“ vorgenommen, die dann im Sinne der Partei verlief.

Wilhelm Müller blieb zunächst noch Ausschussmitglied im Rat und wurde aber danach nicht mehr zu Sitzungen geladen. Begründet wurde das mit seinen „nicht einwandfreien Äußerungen dem Gemeindediener Meyer“ gegenüber.

Man kann so deutlich erkennen, mit welchen fadenscheinigen Argumenten die Partei nicht genehme Ratsmitglieder ausbootete. Von den ursprünglich 12 Ausschussmitgliedern schrumpfte deren Zahl bis zum 11. Mai 1934 auf 7 Personen. Hierbei dürfte es sich wohl nur noch um Parteimitglieder gehandelt haben, denn sie mussten im November 1934 den Amtseid ablegen auf „Führer, Volk und Vaterland“. Alle der Partei nicht angehörenden und anders gesinnten Gemeinderatsmitglieder hatte man schon verdrängt.

Der dominierende und rigore Einfluss der Partei ist deutlich und unübersehbar auch in den Niederschriften der Protokolle dokumentiert und so klar zu erkennen. Der Gemeinderat war damit nur noch Befehlsempfänger zur Umsetzung von Partei- und Regierungsanweisungen. Freie Entscheidungen im Rat somit total eingeschränkt oder unmöglich.

Und schon am 8. Juli 1935 wird im Rat beschlossen, dass nach dem neuen „Luftschutzgesetz“ in jedem Haushalt ein Luftschutzwart zu bestellen ist. Das zeigte doch meines Erachtens schon damals recht deutlich, dass seitens der Regierung ein Krieg einkalkuliert und vielleicht auch bewusst angestrebt wurde. Die Entwicklung hat das dann leider auf das Schrecklichste bestätigt.

Die letzte Sitzung vor dem Kriegsende war am 15. Dezember 1944. Unter Punkt 2 wurde noch beschlossen, dass laut Anordnung des Landrates entlang der Landstraßen Deckungsgräben zum Schutz gegen Tiefflieger und Bombenangriffe herzustellen sind.

Eines dieser Deckungslöcher musste ich zusammen mit Helmut Lampmann und Willi Mues (Strangmann) kurz hinter Böthel nutzen, als wir von einem Tiefflieger beschossen wurden auf unserem Heimweg von der Schule in Stolzenau. Ohne diese Deckungsmöglichkeit wären wir wohl nicht schadlos davongekommen.

Ab Dezember 1944 fanden bis zum Kriegsende keine Gemeinderatssitzungen mehr statt. Das war meines Erachtens schon ein Indiz für deutliche Auflösungserscheinungen.

Nach Kriegsende verfügten die Alliierten die Führung nach demokratischen Grundsätzen auch für die kommunalen Verwaltungen und Gremien.

Damit hielt die Demokratie, nach ihrem kurzen Gastspiel während der Weimarer Republik, begleitet von der Freiheit wieder Einzug.

Februar 2015